

Platz abbeck

Nr. 5, 30. September 2014

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

ÖPNV-Finanzierung: Land + Bund in der Pflicht

Der Rat der Stadt Köln fordert in einer Resolution das Land NRW und den Bund auf, auch in Zukunft die Verkehrsinfrastruktur, insbesondere den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den Kommunen zu fördern. Diesen Antrag hat die Linksfraktion zusammen mit Grünen und SPD zur Ratssitzung am 30.09. gestellt.

Das Bundesprogramm nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) läuft 2019 aus. Bislang hat dieses Programm einen erheblichen Anteil am Ausbau der Verkehrsinfrastruktur gehabt. Die Kommunen können diesen Beitrag aus eigenen Mitteln nicht ausgleichen. Sowohl hinsichtlich des Ausbaus, wie auch hinsichtlich des Erhalts und der Sanierung bestehender Verkehrseinrichtungen sind Köln und andere Städte auf Unterstützung des Bundes und des Landes angewiesen. Schon jetzt geraten Vorhaben ins Stocken, weil die Finanzierung ungeklärt ist.

Ausgebaut werden müssen die Einrichtungen des ÖPNV, denn immer mehr Menschen in Köln nutzen die KVB. In den beiden letzten Jahrzehnten konnten die Fahrgastzahlen um fast dreißig Prozent gesteigert werden. Dass diese Entwicklung sich fortsetzt, ist zu erwarten und politisch zu unterstützen. Umwelt- und klimapolitische Gründe sprechen für Busse und Bahnen. Sie erfüllen aber auch eine wichtige soziale Funktion – sie ermöglichen jedem Kölner und jeder Kölnerin grundlegende Mobilität und damit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Damit leistet das Verkehrsunternehmen einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität in Köln.

In den letzten Jahren konnten die Stadt Köln und die KVB zweistellige Millionenbeträge in die Stadtbahn-Infrastruktur investieren. Dies war nur aufgrund der Zuschüsse möglich, die Bund und Land auf Basis der in den kommenden Jahren auslaufenden Gesetze gewährten. Weitere wichtige Investitionen (Verlängerung von Stadtbahnlinien, neue Fahrtreppen, Ausbau von Bus- und Bahnwerkstätten) wären ohne weitere gesetzliche Grundlage in Gefahr. Insgesamt wird der Erneuerungsbedarf der KVB bei Stadt-

Fortsetzung Seite 2

Situation der Flüchtlinge jetzt verbessern!

Aufgrund zunehmender Kriege und Krisen in der Welt suchen in den letzten Monaten immer mehr Menschen Schutz in Deutschland. In Köln kommen zur Zeit jeden Monat zusätzlich 130 Flüchtlinge. Die Kölner Stadtverwaltung hat im letzten Jahr ca. 1000 neue Unterbringungsplätze geschaffen, einen großen Teil davon in den Massenunterkünften wie in der Herkulesstrasse. 800 Menschen leben im Hotel. All das ist unbefriedigend und entspricht nicht den Richtlinien zur Unterbringung der Flüchtlinge. Trotzdem müssen weitere 900 Plätze im nächsten Jahr geschaffen werden, um den Menschen eine Bleibe zu geben.

Diese Aufgabe obliegt der Verwaltung. Man muss aber die Verwaltung auch unterstützen sowie Druck ausüben. Aber ohne eigene Ideen und Mittel wird das nicht funktionieren. Die Fraktion DIE LINKE hat das in den letzten Monaten mit Vorschlägen und Kritik immer wieder gemacht. Diese Politik werden wir fortsetzen.

Schweden bringt prozentual zur Bevölkerung dreimal so viele Menschen unter wie Deutschland. Das kann Deutschland

auch schaffen. Deshalb sollte Köln die Ärmel hochkrempeln, und die ganze Stadtgesellschaft sich öffnen und die Menschen willkommen heißen.

Beim Abfassen dieses Artikels erfahren wir, dass die Stadt eine weitere Massenunterkunft in Porz-Eil einrichten muss. Flüchtlinge sollen in einer Notunterkunft in einem früheren Baumarkt untergebracht werden. Das ist eine weitere Verschlechterung der Wohnsituation von Flüchtlingen. Hier rächt sich die falsche Politik von Rot-Grün, die in den Jahren 2006 bis 2012 kein umfassendes Programm für den Bau neuer Flüchtlingsheime aufgelegt haben.

DIE LINKE dagegen möchte mehr finanzielle Mittel für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge bereitstellen. Es geht um Menschenrechte und nicht um Sparpolitik. DIE LINKE hat auch mehrere Vorschläge, wie gerade jetzt die Situation der Flüchtlinge in Köln schnell verbessert werden kann.

So schlugen wir vor, Wohnpatenschaft mit den Wohnungsunternehmen zu entwickeln. Die Unternehmen und Genossen-



Auf einer Bus-Demo des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen am 10. September vor dem Reichstag trafen der KVB-Vorstandsvorsitzende Jürgen Fenske (ganz links) und die LINKE Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bundestag Gesine Lötsch (3. von links) aufeinander.



www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de

bahnen, Bussen und Infrastruktur bis 2025 auf rund 1 Mrd. Euro geschätzt.

Auch bei der Finanzierung des laufenden Betriebes der KVB werden künftig große Probleme entstehen. Einerseits werden die Kosten des Betriebes durch die Inbetriebnahme der neuen U-Bahn steigen, gleichzeitig werden die Gewinne der Rhein-Energie schrumpfen. Das bisherige Modell der Quersubventionierung unter den Einzelunternehmen des Stadtwerekkonzerns (derzeit etwa 82 Mio. Euro pro Jahr) ist damit gefährdet. Hier wird die Kölner Politik gefordert sein, ein neues Konzept der Finanzierung zu entwickeln.

Michael Weisenstein

Fortsetzung v. S. 1: Flüchtlinge ...

schaften sollen sich bereit erklären, Wohnungen der Stadt zum üblichen Mietpreis zur Verfügung zu stellen. Es gibt in Köln ca. 350 solcher Unternehmen. Wenn jedes eine Handvoll Wohnungen zur Verfügung stellen würde, wäre es zumindest möglich, Familien mit Kinder menschenwürdig unter zu bringen.

Köln braucht eine unabhängige, ehrenamtliche Ombudsperson. Sie unterstützt die Flüchtlinge bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und vermittelt in Konflikten. Die Ombudsperson kann von Flüchtlingen und Flüchtlingsinitiativen bzw. Anwohnern und Anwohnerinitiativen und weiteren Betroffenen angerufen werden. Sie entscheidet, ob die Beschwerde durch das bestehende Hilfesystem bearbeitet werden kann oder ob sie in besonderen Fällen selbst tätig werden muss. Das kann z.B. bei Nachbarschaftskonflikten durch die Einrichtung eines Runden Tisches und eines Schlichterspruchs geschehen.

Das Engagement für Flüchtlinge muss gewürdigt werden, indem eine Kennzeichnung (z. B. eine Plakette) entwickelt wird. Mit dieser Kennzeichnung können z. B. Unternehmen und Genossenschaften, die Wohnpatenschaften übernehmen, werben. Sie soll auch Initiativen für Flüchtlinge aus der Zivilgesellschaft stärken, z. B. dem Projekt „Mentor/-innen für Flüchtlingsfamilien“, Willkommensaktionen, Nachbarschaftsinitiativen und Kirchengemeinden für die Bereitstellung von Räumen und Gebäuden u. v. a. überreicht werden.

Alle diese ehrenamtlichen Aktivitäten sind wertvoll, weil die Flüchtlinge es hier nicht mit professionellen Helfern (die natürlich trotzdem unverzichtbar sind und ganz wichtige Funktionen haben) zu tun haben, sondern mit Kölnerinnen und Kölnern. So sieht Integration aus. Diese nachbarschaftlichen und ehrenamtlichen Aktivitäten müssen aber auch unterstützt und koordiniert werden. Dafür will DIE LINKE eine Stelle bei einem Träger der Flüchtlingsarbeit ansiedeln.

Jörg Detjen, Andrea Kostolnik

Auf einer Demonstration gegen die terroristische Bewegung Islamischer Staat (IS) erklärte Ratsfrau Hamide Akbayir den Widerstandskämpfern die Solidarität der LINKEN: „Seit Monaten wütet die blutrünstige Terrororganisation im Irak und Syrien und weitete nun ihre Kämpfe nach Kobanê in Sy-



rien/Rojava aus, plündert die Dörfer, köpft die Menschen, verklavt Frauen und Kinder! Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, ist es enorm wichtig, dass wir heute auf die Situation der in der eigenen Heimat zu Flüchtlingen gewordenen Menschen und auf die verbrecherische militärische Großoffensive auf das von überwiegend KurdInnen bewohnte Kobanê aufmerksam machen.“

Serbien, Bosnien, Montenegro:

Sichere Herkunftsstaaten?

Um (Roma-)Flüchtlinge aus den Balkanstaaten Serbien, Bosnien und Montenegro in Zukunft wesentlich schneller abschieben zu können, plante die Bundesregierung diese per Gesetz zu „sicheren Herkunftsstaaten“ zu erklären. Damit das Gesetz in Kraft treten konnte, brauchte es die Zustimmung des Bundesrats, auch die Stimmen der rot-grün regierten Länder. Die SPD hatte bereits Zustimmung signalisiert, die Grünen galten als Wackelkandidaten. Damit NRW nicht zustimmt, schrieb die Fraktion der SPD-Ministerpräsidentin Kraft und der stellvertretenden Ministerpräsidentin von den Grünen, Sylvia Löhrmann, einen Brief, den wir hier dokumentieren:

Sehr geehrte Frau Kraft,

sehr geehrte Frau Löhrmann,

wir möchten Sie bitten, dafür Sorge zu tragen, dass dem o. g. Gesetzentwurf im Bundesrat nicht zugestimmt wird. Nach Köln kommen seit vielen Jahren Roma, weil sie vor institutioneller Diskriminierung, Ausgrenzung und auch Gewalt geflohen sind. Die vielen konkreten Menschenrechtsverletzungen, denen Roma in den Ländern des Balkans ausgesetzt sind, dokumentiert der Kölner Rom e.V. auf seiner Internetseite. <http://www.romev.de/balkan/>

In der Kölner Stadtgesellschaft gibt es immer wieder Diskussionen um den Umgang mit Roma. Neben Ablehnung aufgrund tatsächlicher oder vermeintlicher Konflikte, Überfremdungsängsten, Alltagsrassismus etc. gibt es auch viele Initiativen aus der Zivilgesellschaft, die sich leidenschaftlich dafür einsetzen, eine Willkommenskultur in unserer Stadt zu etablieren. Es gibt viele hoffnungsvolle Projekte, wie ein Mentoren-

programm für Flüchtlinge oder Nachbarschaftsinitiativen, die Sprachkurse und Kinderfreizeitaktivitäten organisieren.

Diese Bestrebungen und Stimmen wollen wir stärken. Doch das kann nur geschehen, wenn es als legitim angesehen wird, dass Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Offenkundige Menschenrechtsverletzungen in Serbien, Bosnien und Montenegro werden von der EU, dem US-Außenministerium und den Vereinten Nationen eingeräumt. Dem entgegengesetzt delegitimiert die Einstufung dieser Balkanländer als sicherer Fluchtgründe und damit die Flüchtenden.

„Die Landesregierung wird künftig jährlich in einer Woche des Respekts für gegenseitige Achtung werben. Der Respekt muss aus der Mitte der Gesellschaft kommen“, heißt es in Ihrer aktuellen Regierungserklärung. Dem können wir uns nur anschließen. Menschen, insbesondere Roma, die aus Serbien, Mazedonien und Bosnien zu uns kommen, zu achten, heißt sicherlich ihre existentielle Not anzuerkennen, ernst zu nehmen und ihnen Wege aus dieser zu öffnen.

In der Hoffnung, dass Sie das auch so sehen und die nordrhein-westfälische Landesregierung im Bundesrat dem Gesetz über die sog. sicheren Herkunftsstaaten nicht zustimmt, verbleiben wir mit freundlichen Grüßen.

Das Gesetz passierte am 19. September den Bundestag. Möglich gemacht hatte das die Zustimmung des grünen Ministerpräsidenten Kretschmann aus Baden-Württemberg.

Jörg Detjen

Aus den Bezirken

■ Kalk

Die 1. Fahrtreppe rollt

Der November ist für viele ein Monat der Tristesse und der schlechten Laune. Er ist windig, grau und verregnet. Der November 2012 war für die Menschen in Kalk besonders mies, denn der TÜV legte an der U-Bahnhaltestelle Kalk-Post alle von der Zwischenebene an die Oberfläche führende Fahrtreppen still.

Dabei hätte es offenbar gar nicht so weit kommen müssen. Die KVB und das städtische Amt für Brücken und Stadtbahnbau wussten schon länger, dass der Zahn der Zeit den rund 30 Jahre alten Fahrtreppen zugesetzt hatte und sich eine Erneuerung nicht mehr lange würde hinausschieben lassen. Da die KVB das sich verschärfende Korrosionsproblem kannte, hat sie dem Brückenamt empfohlen, die Erneuerung zügig zu planen und Fördermittel zu beantragen. Die KVB bot der Stadt auch an, sich selbst darum zu kümmern. Unternommen wurde zunächst aber nichts.

Die Stadt Köln behauptet jedoch, sie habe erst im November 2012 durch einen TÜV-Bericht erfahren, dass die Schäden inzwischen bedenklich seien und in Kürze die Stilllegung drohe. Man habe nicht damit gerechnet, dass der TÜV alle drei Rolltreppen auf einmal stilllegen würde.

Kein Wunder, dass sich die KVB von da an in der Sache lieber bedeckt hielt. Fraglich ist aber auch, ob das Amt für Brücken und Stadtbahnbau auch in Marienburg oder Hahnwald beim Erhalt der Infrastruktur so schludert wie in Kalk.

Mal kurz zur Erklärung: In Köln gehören die meisten Fahrtreppen von der Straße zur Zwischenebene nicht der KVB, sondern der Stadt (Ausnahme ist die Nord-Süd-Bahn). Die Stadt hat die KVB zwar mit der Wartung beauftragt (und bezahlt dafür). Eine Instandsetzung oder Erneuerung dieser Fahrtreppen ist aber Sache der Stadt.

Rund 15 Monate nach der Stilllegung wurde schließlich der Auftrag zur Erneuerung erteilt. Laut einer Mitteilung der Verwaltung zur BV-Sitzung am 18.09.14 wurde "der Auftrag für die Erneuerung der Fahrtreppen am 11.02.2014 erteilt." Außerdem heißt es dort, dass im nächsten Schritt der Austausch der anderen beiden Fahrtreppen an der Haltestelle Kalk-Post erfolge. Die Verwaltung verspricht, dass diese Arbeiten voraussichtlich im Oktober 2014 abgeschlossen würden.

Anschließend erfolge der Austausch der vier Fahrtreppen an der Haltestelle Kalk-Kapelle. Diese Arbeiten seien voraussichtlich im Februar 2015 abgeschlossen.

Alles, was sich um nicht mehr als drei Monate verschiebt, gilt als pünktlich.

Am 22. September wurde im Beisein von viel Presse, einigen Bezirkspolitikern

und dem Bürgerverein Kalk schließlich die erste von drei Rolltreppen an Kalk-Post wieder in Betrieb genommen und alle klopfen sich gegenseitig auf die Schultern. Passanten und Fahrgäste aber freuten sich nur wenig und fragten, wann denn die übrigen führen und wann endlich die Aufzüge kämen. Es ist wohl geplant im ersten Quartal 2015 mit dem Bau der Aufzüge zu beginnen. Außerdem wird an Kalk-Post dafür aber mindestens ein Baum gefällt und es ist mit einer Bauzeit von rund zwei Jahren zu rechnen.

HP Fischer

■ Rodenkirchen

Zollstock auf dem Weg zum teuren Veedel?

Auf dem Höniger Weg, eine der Hauptverkehrsadern, die durch Zollstock führen, entstehen in Höhe der Hausnummer 15 170 neue Studentenappartements. Eigentlich nichts, was man kritisieren sollte, haben wir doch ohnehin einen hohen Bedarf an Studentenwohnungen.

Kritikwürdig wird es aber dann, wenn man den Quadratmeterpreis dieser Studentenwohnungen sieht. Die durchschnittlich 20 qm großen Zimmer kosten 475 Euro oder 23,75 Euro/qm. Das sind Preise, die sich die meisten Studenten nicht leisten werden können.

Gegenüber dem Kölner Stadt-Anzeiger rechtfertigt Gerrit Ernst, Geschäftsführer der Nord Project Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft, die hohen Kosten damit, dass die Appartements alle möbliert sind und bei manchen gar der komplette Hausrat schon vorhanden ist.

Dies mag so stimmen und auch in der Kalkulation so richtig sein. Tatsache ist aber auch, dass die hohen Mietpreise Einfluss auf den Mietspiegel in Zollstock haben. Genau so wie die zu erwartenden hohen Mieten nach dem GAG-Umbau am Höniger Weg und Zollstockgürtel. Damit läuft man Gefahr der Gentrifizierung Vorschub zu leisten. Zudem stellt sich auch die Frage, ob nicht die studierenden Kinder eher wohlhabender Eltern dort einziehen werden, wenn sich der durchschnittliche Student ein solches Zimmer nicht leisten kann.

Zollstock scheint für Gutsituierte ein interessanter Stadtteil zu werden. Zum einen liegt er in der Nähe der Südstadt, welche schon durch eine gehobenere Klientel vereinnahmt wurde. Zum anderen bietet der Stadtteil Möglichkeiten der Entspannung und Ruhe. Hier gibt es den schönen Vorgebirgspark sowie den bei den Zollstockern beliebten „Lido“. Dieser sollte vor einigen Jahren aufgewertet und einem eher Schickimicki-Publikum zugänglich gemacht werden. Nur in gemeinsamer Anstrengung von



Teure Appartements für Schickimicki-Studenten? Bild: Bronisz

Bürgerinnen und Bürgern mit der lokalen Politik konnte dies verhindert werden.

In Zollstock stimmt noch das Zusammenleben. Hier ist es noch egal, woher man kommt, oder ob man arm oder reich ist. Zollstock muss so bleiben, wie es ist.

Berthold Bronisz

■ Mülheim

Vermieter lässt Haus verwahrlosen

Im Stadtteil Mülheim steht ein vermietetes Haus, das der Vermieter in skandalöser Weise verwahrlosen lässt. So hat er von sich aus die Müllabfuhr und den Strom abbestellt, ohne Rücksprache mit seinen Mietern, die diese Dienste brauchen. Das Gebäude selbst muss dringend instandgesetzt werden. Seine Mieter können sich nicht ohne Weiteres andere Wohnungen suchen. Denn die sind in Köln knapp, wenn sie bezahlbar sein müssen, und die Mieter werden als bulgarische Roma nicht überall mit offenen Armen empfangen. Das berichtete der Kölner Stadt-Anzeiger im Juli.

Als LINKER Bezirksvertreter stellte ich eine Anfrage und wollte von der Verwaltung wissen, ob und wenn ja, was die Stadt gegen diesen unverschämten Vermieter unternehmen kann. Inzwischen – so die Antwort – ist dem Besitzer eine Frist gestellt worden, die Mängel an seinem Haus zu beseitigen. Diese Frist hat er verstreichen lassen. Inzwischen hat er einen Bescheid erhalten, dass er die Mängel beseitigen muss. Gegen diesen Bescheid hat er jetzt Klage eingereicht.

Hoffentlich wird die Klage vom Verwaltungsgericht schnell zugunsten der Mieter entschieden. Das könnte mehr Mieter ermutigen, sich gegen solche Zustände zu wehren. Dann wird es für diese skrupellosen Geschäftemacher, die durch die Not der Anderen reich werden, ungemütlich.

Die betroffenen Mieter können aber nicht so lange warten. Wer eine freie Wohnung für sie kennt, soll sich an den Unterstützerverein „Latscho drom“ wenden: kontakt@latscho-drom.org

Nijat Bakis

Aus den Ausschüssen

■ Kultur

Wachsfabrik offenbar zunächst gesichert

Erfreuliche Nachrichten gab es im Kultur Ausschuss zur Wachsfabrik in Sürth. Die Wachsfabrik ist der wichtigste Produktions- und Aufführungsort der freien Tanzszene in Köln.

Bis Juli letzten Jahres hatte die Stadt die Wachsfabrik angemietet und dem Tanznetzwerk „Barnes Crossing“ und bildenden Künstlern zur Verfügung gestellt. Aufgrund von Auseinandersetzungen mit dem Vermieter hatte die Stadt das Gebäude gekündigt. Übergangsweise erhielt „Barnes Crossing“ einen Zuschuss, um in den Mietvertrag einsteigen zu können. Eine dauerhafte Lösung wurde aber nicht gefunden.

DIE LINKE sieht das Aussteigen der Stadt aus dem Mietvertrag sehr kritisch und setzt sich dafür ein, die Wachsfabrik für den Tanz zu bewahren – zumal diese Produktions- und Aufführungsstätte in Köln ohne auch nur annähernd gleichwertige Alternative ist. Anfang Mai hatte DIE LINKE sich im Kulturausschuss nach dem aktuellen Stand erkundigt, da ein Auslaufen der Förderung absehbar war.

Das Kulturdezernat hat nun zur Septembersitzung des Ausschusses eine Antwort vorgelegt. Die Verwaltung stellt dar, dass für 2014 „neben den Produktionsanträgen der [an Barnes Crossing] partizipierenden Ensembles – auch Projektgelder für Gastspiele und Abspiefförderungen anderer lokaler und auswärtiger Gruppen“ beantragt und bewilligt wurden.

Mit diesen insgesamt 30.000 Euro an städtischer Förderung konnte Barnes Crossing auch anderen Kölner Tanzensembles den Ort kostengünstig zur Verfügung stellen und führte selbst z.B. das Nachwuchsfestival MAD oder das Solo/Duo Festival durch.

Ein entsprechender Antrag für 2015 ist bereits angekündigt und die Verwaltung sieht, wie sie in ihrer Antwort ausführt, keine Hinweise „auf eine aktuelle Gefährdung der Spielstätte“.

Wilfried Kossen

■ Anregungen und Beschwerden

Bewohner der Egonstrasse kämpfen für ihre Häuschen!

Am 23. September beschäftigte sich der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden mit dem Antrag der Mieterinitiative Egonstrasse in Stammheim.

Die Petenten beantragten einen sofortigen Stopp des Abrisses leer werdender Häuser in der Siedlung „Egonstrasse“. Sie forderten, mittelfristig einen Verkauf an die

Mieter zu erwirken. Als Beispiel nannten die Petenten die Humbold-Siedlung in Köln-Ostheim. Dort soll zwischen den Bewohnern und dem Liegenschaftsamt eine praktikable Lösung gefunden worden sein. Das sollte auch in der Egonstrasse möglich sein, weil die Bewohner hier gerne und sicher wohnen.

Die Antwort der Stadtverwaltung lehnt aber alle Forderungen der Mieterinitiative ab. In der Beschlussvorlage heißt es: „Aufgrund der rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen sieht der Ausschuss jedoch keine Möglichkeit zum Erhalt leerstehender Gebäude. Ebenso sieht der Ausschuss keine Möglichkeit für einen Verkauf der bewohnten Gebäude an die derzeitige Mieter“.

Also sollte der Antrag an diesem Tag laut Verwaltung abgelehnt werden. Es ist aber nicht so gekommen. Es fand nach der Begründung der Petition eine breite Diskussion statt. Besonders die Ausschussmitglieder der Grünen und wir als LINKE begrüßten das Engagement der Mieterinitiative. Wir stellten uns auf die Seite der Petenten und lehnten den Häuserabriss zugunsten der Grünflächen - diese gibt es ausreichend! - ab. Vor allem, dass die Bewohner, gerade wo bezahlbarer Wohnraum in Köln immer knapper wird, die preiswerten Häuser weiterhin beibehalten wollen, fand unsere Unterstützung.

Die Verwaltung tat sich schwer mit der Vorstellung, den Flächennutzungsplan zu ändern, um baurechtlichen Maßnahmen zu erwirken. Auf die Stellungnahme der Verwaltung bezüglich des Verkaufs einzelner Häuser aufgrund des fehlenden Baurechts und bezüglich der in der Nähe sich befindenden Kläranlage und gab es ebenfalls Einwände seitens der Mieterinitiative. Als Bewohner hätten Sie kein Problem damit, die Emissionen des Klärwerks würde sie nicht stören. Sie wollen ihre Häuschen beibehalten und sich weiterhin gegen den Abriss zur Wehr setzen und hoffen auf eine positive Entscheidung der Verwaltung und Gebäudewirtschaft.

Nach intensiver Diskussion und inhaltlichen Fragen an die Verwaltung fand dann der Antrag der Mieterinitiative seitens der Fraktionen DIE LINKE, Grüne und SPD Unterstützung. Somit wurde die Beschlussvorlage der Verwaltung abgelehnt.

Folgende Punkte wurden im Ausschuss als Empfehlung an die Verwaltung festgehalten: Sicheres Wohnen soll erhalten bleiben. Mietverträge sollen weitergeführt werden. Die Verwaltung soll den Flächennutzungsplan prüfen und eventuell verändern (Erbbaurecht). Leere Wohnungen sollen wieder bewohnbar gemacht werden. Es sollen keine befristeten Mietverträge geschlossen werden, sondern nach Nutzungsvereinbarung.

Es wurde von allen Fraktionen begrüßt, einen Ortstermin zu vereinbaren. An diesem Vororttermin sollen auch die Vertreter der Verwaltung und Gebäudewirtschaft teilnehmen.

Hamide Akbayir

■ Kultur

Halle Kalk: Sanierungsarbeiten für die Katz!

Vor ein paar Jahren hatte man in einem Gutachten an der Halle Kalk nur ein paar Mängel festgestellt, aber die Sanierungsarbeiten konnten die Halle nicht retten. Nach dem Teile der alten Industriehalle abgerissen worden waren, sollten Innenmauern die Exponate der Stiftung „Ludwig“ vor der Witterung schützen. Das konnte auf lange Sicht nicht gut gehen. Jetzt bröckelt das Mauerwerk so sehr, dass das Gebäude wegen Einsturzgefährdung geräumt werden musste. Nun sind die Exponate in einem schnell angemieteten Depot, wenn auch durchaus preiswert, aber für unabsehbare Zeit eingelagert. Auch wenn beteuert wird, es handele sich nur um eine Übergangslösung, so wissen wir doch, dass Provisorien in Köln oft eine lange Lebensdauer haben. Es ist aber nicht nur dieser Bereich der Halle Kalk gefährdet, auch die Spielstätte des Schauspiels klagt schon lange über viele Mängel. Seit Monaten sind die Toiletten für die Beschäftigten defekt. Die Arbeitsbedingungen werden im Allgemeinen immer schwieriger. Ein kulturelles Zentrum in Kalk muss unbedingt erhalten bleiben. Denn die Spielstätten in Kalk und Mülheim sind eine Bereicherung für die Veedel und der Kulturinteressierte tut gut daran, dieses Angebot wahrzunehmen und dabei die eigene Stadt mal mit anderen Augen zu sehen.

Gisela Stahlhofen

■ Soziales und Senioren

Mehr Werbung für Einschulungsbeihilfe nötig!

Eltern mit Köln-Pass können zur Einschulung Ihrer Kinder bis zu 100 Euro bei der Stadt Köln beantragen, um einmalige Anschaffungen, wie Schulranzen, Mäppchen oder Turnbeutel zu finanzieren. Die Einschulungsbeihilfe von ursprünglich 160 Euro geht auf einen Antrag der LINKEN von 2008 zurück.

Im Ausschuss wurde mitgeteilt, dass trotz einer um drei Monate verlängerten Frist im Schuljahr 2013/14 nur noch 589 Anträge (von 634) bewilligt wurden. Damit hat sich die Nachfrage gegenüber 2012/13 fast halbiert. Auf Nachfrage erläuterte die Verwaltung die Gründe.

Der Haushalt 2013/14 wurde erst sehr spät verabschiedet. Vorher war unklar, ob die Einschulungsbeihilfe nicht von Rot-Grün weggekürzt werden würde. Deshalb konnte die Verwaltung vor der Verabschiedung nicht ausreichend Werbung dafür ma-

chen.

Dabei bleibt die Zahl der Anträge weit hinter dem Berechtigtenkreis zurück. Ein Viertel aller Kölner Kinder beziehen Grundsicherung. Bei ca. 10.000 I-Dötchen pro Jahrgang in Köln sind das 2.500 Kinder. Der Berechtigtenkreis ist allerdings größer, denn einen Köln-Pass erhalten auch Eltern, deren Einkommen die Grundsicherung um 30 % übersteigt. Hier wird also noch viel Informationsarbeit nötig sein, um diese Leistung allen bedürftigen Kindern in Köln zugänglich zu machen.

Jörg Detjen

■ Umwelt

Atomtransporte ablehnen!

DIE LINKE Fraktion im Rat der Stadt Köln sieht sich durch ein Rechtsgutachten im Auftrag des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. (BUND NRW) in ihrer Antiatompolitik bestätigt. Dieses besagt, dass der Atom Müll in Jülich nicht ins Ausland verbracht werden darf.

Derzeit geht es konkret um Atom Müll in unmittelbarer Kölner Nachbarschaft. Das Spaltmaterial in Form von Kugelpackungsbrennstoff wird zurzeit noch in Jülich gelagert und soll ins Atomwaffenzentrum SRS in den USA transportiert werden.

Die Kugeln enthalten laut offiziellen Verlautbarungen des FZ Jülich spaltbares und nicht spaltbares Uran (U-235 und U-238), Thorium (Th-232) und Plutonium (Pu-239). Die US-Regierung ist sehr daran interessiert, waffenfähiges spaltbares Material unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Niemand kann verhindern, dass die



Die Kantine in der Neusser Landstraße feierte ihr diesjähriges Sommerfest mit ihren Nachbarn: Den Flüchtlingen von nebenan, die im ehemaligen Glanzstoff-Verwaltungsgebäude leben und dem Tonstudio Parkcafé, die ebenfalls dort ihren Betrieb haben und Flüchtlingskindern Musikunterricht erteilen.
Foto: Jörg Detjen

USA aus deutschen Atomkugeln US-amerikanische Atombomben bauen. Die Taktik der deutschen Regierungen in Land und Bund geht nicht auf. Mit dem Auslaufen von Lagergenehmigungen werden keine Gründe für rechtliche Ausnahmeregelungen und Dringlichkeitsentscheidungen geschaffen. Es geschieht vorsätzlich und verstößt gegen geltendes Recht.

DIE LINKE-Fraktion im Rat der Stadt Köln hat sich stets gegen Atomkraft und gegen Atom Mülltransporte ausgesprochen. Im April 2010 erfuhr sie auf Grund einer Anfrage, dass die Stadt Köln keine Informationen über den Transport von radioaktiven Stoffen über das Stadtgebiet erhält. „Die auf dem Transportweg liegenden

Gebietskörperschaften werden über diesen Sachverhalt nicht informiert.“

Selbst die Feuerwehr Köln wird über Atomtransporte auf dem Stadtgebiet nicht informiert.

Daraufhin gestellte Anträge im Kölner Stadtrat und im nordrhein-westfälischen Landtag, die Atomtransporte zu verbieten, wurden von den übrigen Parteien entweder abgelehnt oder stark verwässert.

DIE LINKE war damals sehr vorausschauend. Das hätten wir uns auch von den Verantwortlichen gewünscht. Wir stehen im aktuellen Streit an der Seite der Anti-Atom-Initiativen und des BUND zum Schutze der Menschen und der Umwelt.

Hamide Akbayir

„Ein Kahlschlag bei der Schulsozialarbeit wäre eine Ohrfeige für die Schulen!“

Auf der letzten Ratssitzung beschloss der Rat mit den Stimmen der LINKEN, 90 Schulsozialarbeiterstellen dauerhaft zu sichern. Diese waren ursprünglich aus Bundesmitteln über das Bildungs- und Teilhabepaket bezahlt worden. Diese Finanzierung gibt es nun aber nicht mehr. Jetzt bezahlt die Stadt diese Schulsozialarbeiter und hofft, dass Bund oder Land die Kosten zu einem späteren Zeitpunkt übernehmen.

Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede von Heiner Kockerbeck, Ratsmitglied der LINKEN:

„Es ist für jedermann leicht beurteilbar, dass die Entlassung von über 90 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, die seit Jahren auf ihrer Stelle arbeiten, den Charakter eines Kahlschlages für Schulsozialarbeit in Köln bedeuten würde, gibt es doch in der Stadt insgesamt nur 130 solcher Stellen. [...]

Zudem ist spätestens seit den internationalen Schulvergleichsstudien wieder zurecht in der öffentlichen Diskussion, dass in deutschen Schulen die soziale Herkunft der Eltern in hohem Maß dafür verantwortlich ist, welchen Bildungsabschluss ein Kind einmal erreichen wird. Schulsozialarbeiter sind aber gerade ein zentraler Baustein im Konzept von Schulen, die sich um die Förderung von Kindern aus einkommensärmeren und bildungsfernen Schichten bemühen, z.B. für viele Gesamtschulen. [...]

Das alles zeigt, dass gerade Eltern und Kinder aus den ärmeren Schichten, Migrantinnen und Migranten sowie Eltern behinderter Kinder ein großes Interesse daran haben, dass die Personalsituation an den Schulen nicht weiter verschlechtert wird. [...]

Aber wer meint, das Bildungswesen und die gesamte soziale Infrastruktur aufgrund fiskalischer Interessen weiter kaputt sparen zu können, der wird sich noch wundern, wie teuer es in einigen Jahren sein wird, die Folgekosten unsozialer Sparpolitik zu bezahlen.

Deshalb spricht DIE LINKE sich auch dagegen aus, wenn die CDU nun aus durchsichtigen parteitaktischen Gründen die rot-grüne Landesregierung alleine in der Pflicht sieht, die 90 Stellen zu finanzieren. Alle wissen, dass nicht nur die meisten Kommunen zu wenig Geld besitzen, um ihre Aufgaben zu erfüllen, sondern auch die Bundesländer. Deshalb ist natürlich der Bund ebenso in der Pflicht, für eine angemessene Finanzausstattung von Ländern und Kommunen zu sorgen. Wir brauchen also wieder eine höhere Besteuerung von Konzernen und Reichen, nachdem die Steuern für diese in den letzten 20 Jahren immens gesenkt worden sind.

Der vorliegende Antrag findet übrigens auch deshalb die Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, weil er Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Befristung ihrer Arbeitsverträge befreit. Gerade im Bereich sozialer Dienstleistungen sind in den letzten 20 Jahren unglaubliche Verhältnisse eingerissen: Die Löhne sind deutlich niedriger als im Produktionssektor. Es gibt oft Arbeitsverträge mit Befristung oder erzwungener Teilzeit. Die Unsicherheit der Finanzierung vieler Stellen führt dazu, dass Beschäftigte eine Familiengründung aufschieben oder ganz unterlassen. Deshalb ist die geplante unbefristete Beschäftigung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ein positives Signal, das hoffentlich zu Nachahmung Anreize gibt.“

Erste kritische Fahrrad-tour im Bezirk Mülheim

Am Sonntag, den 21.9.2014 führte der Ortsverband Mülheim in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Stadtentwicklung der LINKEN. Köln eine weitere kritische Fahrradtour im Rechtsrheinischen durch. Trotz des regnerischen Wetters trafen sich einige Interessierte in der Mittagszeit, um unter der Leitung von Gernot Schubert eine Strecke abzufahren, bei der auf Mängel, aber auch positive Ansätze des Radwegenetzes aufmerksam gemacht wurde.

An verschiedenen Stellen wurde die Tour unterbrochen, um Probleme und Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren. Diese wurden notiert und sollen in den nächsten Wochen bearbeitet werden, so dass sie als Anfragen bzw. Anträge durch den Mülheimer Bezirksvertreter der LINKEN, Nijat Bakis, in die Bezirksvertretung und durch Gunda Wienke bzw. Michael Weisenstein in den Verkehrsausschuss eingebracht werden können.

Es ist notwendig, der ständig steigenden Zahl von FahrradfahrerInnen durch mehr Raum und häufigere Geschwindigkeitsbegrenzungen Rechnung zu tragen. Fahrrad-



Trotz Regen im Dienst der guten Sache Gefahrenabwehr unterwegs: Teilnehmer der kritischen Radtour in Mülheim. Ganz links: Ratsmitglied Michael Weisenstein; ganz rechts: Gunda Wienke, Verkehrsausschuss

wege müssen in Stand gesetzt und mehr Sicherheitsstreifen angelegt werden. Auch für das Rechtsrheinische ist ein Fahrradverkehrskonzept dringend erforderlich, wie es bislang nur im Bezirk Innenstadt und Lindenthal von der Verwaltung auf den Weg gebracht wurde. Bei Getränken und einer

kleinen Stärkung in den Räumlichkeiten der Dersim-Gemeinde ließen die TeilnehmerInnen die Tour ausklingen und bekräftigten die Forderung nach Bereitstellung von finanziellen Mitteln, um ein solches Konzept zu erarbeiten.

Beate Hane-Knoll

Ein zukünftiges Radverkehrskonzept

Rückblick

Bereits im ersten Kölner Bürgerhaushalt 2008 wurden auffällig viele Vorschläge eingereicht, die sich dem Thema Radverkehr, insbesondere in der arg verbauten und verdichteten Innenstadt, widmeten. Schon damals war klar, dass akuter Handlungsbedarf besteht und tatsächlich wurden einige wenige Verbesserungen auf den Weg gebracht. Anderes blieb virulent, manches tödlich. Unter Federführung des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik holt die Stadt nun zum großen Wurf aus und versucht mit einer mehrgleisigen Strategie, Bewegung in die festgefahrene (!) Problematik zu bringen: So wurden nicht nur zwei Kölner Verkehrsplanungsbüros mit der Analyse des Bestehenden und der Ausarbeitung von Lösungsansätzen beauftragt. Auch ca. 25 Initiativen, Vereine, Verbände und Institutionen sowie Fraktionen und Parteien wurden eingeladen einen Facharbeitskreis zu bilden, mit der Zielsetzung, ein tragfähiges zukunftsorientiertes Radkonzept auszuarbeiten. Dieser tagte erstmals am 30. Juni im Kölner Rathaus.

Tagung

Amtsleiter Klaus Harzendorf und Jürgen Möllers, der Fahrradbeauftragte der Stadt Köln, begrüßten eine illustre Runde von 40 versierten Interessierten, deren Bandbreite den Stellenwert der Thematik widerspiegeln: Neben Vertreter*innen von ADAC und ADFC, AStA und VCD, Politik und IHK, Polizei und Ordnungsamt nahmen beispielsweise auch die Initiator*innen der

Kölner Fahrradsternfahrt oder des Autofreien Sonntags teil. In einem Kurzreferat subsummierte Peter Gwiasda vom Kölner Planungsbüro VIA anschließend Kernthesen, Erwartungen, Trends und Fakten zum sich verändernden Mobilitätsverhalten um die Leitfragen zu beantworten: Wo stehen wir, wo wollen wir hin? Der nächste Programmpunkt widmete sich den Chancen und Problemen der Radverkehrsförderung aus der Sicht der Teilnehmer. Diese hatten im Vorfeld in einer Kurzumfrage ihre Bewertungen und Einschätzungen hinsichtlich aktueller wie zukünftiger Konflikte, Priorisierungen oder der Verkehrsmittelwahl (modal split) abgeben können.

Kritik

Mit der Erwartung in kleiner, schlagkräftiger Runde brauchbare Ergebnisse zu drei unterschiedlichen Radverkehrs-Aspekten zu generieren, teilten sich die Teilnehmer anschließend auf drei Workshops auf. Nun sind 90 Minuten nicht wirklich viel um sich den Themenbereichen „Zukunftsperspektiven“, „Führungsformen“ und „Unfälle und Sicherheitsdefizite“ erschöpfend anzunähern. In der letztgenannten Arbeitsgruppe wurde beispielsweise wenig moderiert, aber dafür kräftig präsentiert, was die Einbringung eigener Erkenntnisse oder das gemeinsame Erarbeiten von Ideen eher erschwerte, ja fast verunmöglichte. Es wurden Hochglanzfolien gereicht, die im Wesentlichen die polizeilichen Unfallstatistiken in optisch aufgepeppter Form enthielten, aufgedröselte auf die altbekannten Problem-

punkte im Innenstadtbereich. Nichts Neues im Prinzip, und was der episch kartographierte Vergleich mit der (wenig vergleichbaren) Düsseldorfer Innenstadt sollte, bleibt bisweilen unklar. Fazit: Langsam fahren ist gesünder! Man kann das so machen, aber so blieb keine Zeit andere spannende Aspekte im genannten Kontext auch nur anzudiskutieren: Abstandeinhaltung, Abstellanlagen, Straßenbeläge, Radwegzustände, Helmpflichtdiskussion, mangelnde Akzeptanz und Regelkenntnis von Autofahrern, das Scheitern von Velo2010, Sinn und Unsinn von Schwerpunktkontrollen, u.a.

Ausblick

Da es in den anderen beiden Workshops nicht viel anders aussah wie oben geschildert, bleibt zu hoffen, dass der Input der hochkarätigen Teilnehmerschaft im weiteren Abstimmungsverlauf doch noch adäquat eingebracht werden wird. Inzwischen liegen die Ergebnisse zusammengefasst vor und sollen Grundlage des weiteren Prozesses darstellen. Bis zum Frühjahr 2015 sollen effektive Maßnahmen ergriffen und ein überzeugendes Handlungskonzept erstellt werden, weitere fachliche Diskussionen sowie eine umfangreiche Bürgerbeteiligung sind angekündigt. Weitgehende Einigkeit besteht bereits heute dahingehend, dass das Fahrrad das Rückgrat der innerstädtischen Mobilität sein wird, und dass die Durchlässigkeit der Systeme, die multimodale Verknüpfung, ausgebaut gehört.

Michael Scheffer, Gunda Wienke

Menschen in Blumenberg lassen sich nicht vor den rechten Karren spannen!

Am 24. September hatte der Chorweiler Bezirksbürgermeister Zöllner zu einer Informationsveranstaltung zu den geplanten Containerunterkünften für Flüchtlinge eingeladen. Der Pfarrsaal der Katharina-von-Siena-Gemeinde war überfüllt.

Viele Blumenberger hatten schon vorher in einem Schreiben an den Oberbürgermeister auf bestehende Probleme im Stadtteil hingewiesen. Die Versammlung wurde durch Behauptungen der Bezirksvertreter von Pro Köln und AfD provoziert und die Polizei musste die Ruhe wieder herstellen. Die meisten Anwohner ließen sich davon aber nicht abhalten, ruhig und sachlich über das Vorhaben zu diskutieren. Aus der Versammlung heraus wurde die Bildung einer Willkommensinitiative angekündigt.

Dazu erklärt der Chorweiler Bezirksvertreter der LINKEN, Klaus Roth: „Die Blu-

menberger wollten sich nicht vor den rechten Karren spannen lassen! Ihre berechtigten Bedenken und Fremdenfeindlichkeit, das sind zwei Paar Schuhe.“

Zu den bestehenden Problemen im Stadtteil nimmt Klaus Roth Stellung: „In Blumenberg fehlt ein Ort, an dem sich die Einwohner begegnen und austauschen können. Es fehlt auch an Kitas und Schulplätzen. Köln muss ohnehin mehr Wohnungen bauen. Da ist es an der Zeit, die Planungen für Kreuzfeld wieder aufzunehmen und für die beiden Stadtteile eine gute Infrastruktur zu schaffen. Das kommt den Blumenbergern und den Flüchtlingen gleichermaßen zugute.“

Jörg Detjen, Vorsitzender der LINKEN Ratsfraktion, kommentiert: „Die überwältigende Mehrheit der Menschen in Blumenberg hat besonnen reagiert und gezeigt, dass sie die Flüchtlinge willkommen heißt. Sie ist nicht den geistigen Brandstiftern von Pro Köln und AfD auf den Leim gegangen. Die AfD hat sich schneller demaskiert, als ich erwartet habe.“

50 Jahre Städtepartnerschaft Köln - Tunis im Kölner Rathaus. Oberbürgermeister Lasram und Oberbürgermeister Roters arbeiten mit einer Schablone und Salz und erstellen ein Bild: Kamel mit Domhocker. Anfang Oktober fährt eine Delegation des Stadtrates nach Tunis.



Mehr Mandatsträger – höherer Abstimmungsbedarf

In einem gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen werden die Fraktionszuwendungen und die Ausstattung für die nächsten sechs Jahre angepasst.

DIE LINKE stellt inzwischen – noch vor der FDP – die viergrößte Fraktion im Kölner Rat. Zum Umfeld der Fraktion gehören in der neuen Ratsperiode insgesamt 45 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger: Mitglieder im Rat und in den Ausschüssen – im Rechnungsprüfungsausschuss stellen wir sogar den Vorsitz –, Vertreter in Aufsichtsräten, Kuratorien, Beiräten und Stiftungen. Nicht zu vergessen die 12 Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter, in drei Bezirksvertretungen sogar mit Fraktionsstatus. (In der letzten Ausgabe des Platzjabbeck haben wir alle Mandatsträger vorgestellt; die Ausgabe kann über unser Fraktionsbüro bezogen werden.)

Der Abstimmungsbedarf ist gewaltig und die in Zukunft zu erwartenden wechselnden Mehrheiten im Rat machen die Sa-

che zwar spannender, aber auch aufwändiger. Deshalb wird DIE LINKE. Ratsfraktion ihre zusätzlichen Mittel ins Personal investieren, um weiterhin so professionell arbeiten zu können wie bisher.

Die besonderen Herausforderungen, vor denen die gewachsene LINKE steht, wurden von den größeren Fraktionen zur Kenntnis genommen und flossen in die Neuregelung ein. Diese Rücksichtnahme gegenüber der demokratischen Konkurrenz erkennen wir an.

Gleichwohl bleibt ein grundlegendes Problem des Kölner Stadtrates unberührt: Die Ratsmitglieder üben ihr Amt ehrenamtlich aus. Zwar erhalten sie eine Aufwandsentschädigung, ihren Lebensunterhalt bestreiten sie aber in Berufen, die sie zusätzlich zur Ratsarbeit ausüben. Der Arbeitsaufwand für ein Ratsmandat ist aber groß und durchaus dem in den Parlamenten der Stadtstaaten Bremen und Hamburg oder des Saarlandes vergleichbar.

Kommunalwahlen sind keine Klassensprecherwahlen!

Ein Kommentar zur Wahlneuauszählung von Jörg Detjen

Wäre es nicht zum Vorteil der LINKEN, wenn neu ausgezählt wird und SPD und Grüne ihre Mehrheit verlören? Wir werden den Antrag im Rat aber ablehnen, weil demokratische Grundsätze ausgehebelt werden sollen.

Die Kölner StadtRevue hat dies in einem Satz zusammengefasst:

Die CDU lancierte „mit medialer Unterstützung des Kölner Stadt-Anzeigers eine Kampagne, die an den gesunden Menschenverstand appelliert – und sich dabei über juristische Grundsätze hinwegsetzt.“

Wenn es nach der CDU und der FDP ginge, würde während der Sitzung des Wahlausschusses der Vorsitzende mal schnell die Umschläge öffnen und nachzählen, ob alles stimmt. So eine Art urbane Demokratie, die wir alle mal bei der Wahl zum Klassensprecher erlebt haben.

Aber das ist nicht die Urbanität der kommunalen Selbstverwaltung und kommunaler Wahlen. Wir haben seit der französischen Revolution über zwei Jahrhunderte Stück um Stück das Wahlrecht verbessert.

Das ist gewachsene, urbane Demokratie, die man ausbauen und verbessern aber nicht der Willkür Tür und Tor öffnen sollte.

Seit Jahren versucht die Stadt Köln, das Land NRW für eine Änderung der Gemeindeordnung NRW zu gewinnen, die eine Professionalisierung in den großen Städten ermöglichen würde. Wir brauchen für die großen Städte über 500.000 Einwohnerinnen und Einwohner andere Politikmöglichkeiten. Im Landtag beginnt darüber eine neue Diskussion, aber eine schnelle Lösung wird es nicht geben.

Im Antrag heißt es: „Solange aber der Gesetzgeber die Ehrenamtlichkeit der Stadträte für angemessen hält, ist es umso wichtiger, zumindest die Geschäftsstellen der Ratsfraktionen so auszustatten, dass für die Mandatsträger ein Mindestmaß an professioneller Unterstützung gewährleistet werden kann. Dies betrifft insbesondere die personelle Ausstattung der Fraktionsgeschäftsstellen.“

Jörg Detjen,
Gisela Stahlhofen

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Rot-grüne Koalition macht keine Hoffnung für bedarfsgerechte Finanzierung von Frauenhäusern!

Protestaktion vor dem Landtag in Düsseldorf

Unter dem Motto „Gewaltschutz geht vor – für starke Frauen und Mädchen in NRW“ protestierten mehr als 200 Frauen vor dem Landtag in NRW. Eingeladen hatte das landesweite Bündnis von Frauenhäusern, Frauenberatungsstellen, Frauennotrufen und Wohlfahrtsverbänden am 11.09.2014.



Unter dem Motto „Gewaltschutz geht vor – für starke Frauen und Mädchen in NRW“ protestierten mehr als 200 Frauen vor dem Landtag in NRW. Für den 11. September hatte das landesweite Bündnis von Frauenhäusern, Frauenberatungsstellen, Frauennotrufen und Wohlfahrtsverbänden zu der Aktion eingeladen. Hamide Akbayir (Bild) vertrat die Linksfraktion aus Köln.

Die Verbände machten zu recht auf die schlechte Finanzierung der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen aufmerksam, weil es bis heute keinen Fortschritt in der Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Landesregierung gibt. Um sie an ihre Hausaufgaben zu erinnern, protestierten wir vor dem Landtag in Düsseldorf und forderten die rot-grüne Koalition auf, die im Koalitionsvertrag vereinbarten Versprechungen einzuhalten und umzusetzen.

Im Koalitionsvertrag 2012 heißt es:

„...wir wollen ein Landesgesetz auf den Weg bringen, das eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung von Frauenhäusern in ihrer Aufgabenvielfalt verankert, und eine Förderung aus einer Hand sicherstellt“.

Die Vertreterinnen der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Frauennotrufen und von Wildwasser nahmen die Abgeordneten aller Fraktionen unter die Lupe.

Im Mittelpunkt stand die NRW-Frauen- und Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne). Sie befürwortete zwar die im Koalitionsvertrag von 2012 verankerte Forderung nach einer gesetzlich verankerten Finanzierung der Einrichtungen, machte

aber den Vertreterinnen keine Hoffnung. Statt ein Signal auf die Umsetzung des Landesfinanzierungsgesetzes zu geben, verwies sie immer wieder auf die derzeit angespannte Finanzlage im NRW-Landeshaushalt und sagte wörtlich: "Ich kann es nicht ändern, weil wir nicht mehr Geld haben".

Dabei suchen jährlich über 10.000 Frauen und Kinder Schutz vor Gewalt in den rund 60 Frauenhäusern in NRW. Mehr als 75.000 Beratungen leisten die rund 100 Frauenberatungsstellen und Frauen-Notrufe im Land. Der eigentliche Bedarf ist noch größer und er steigt stetig an. Es fehlt an Frauenhausplätzen, Personal, an Beratungsinfrastruktur. Das kennt auch Frau Steffens. Sie weiß auch, dass Land und Kommunen jedes Jahr neu über die bereitgestellten Mittel entscheiden. Viele Projekte der Frauenhäuser und -beratungsstellen werden deshalb nur für ein Jahr bewilligt und in vielen Fällen nicht verlängert.

Deshalb ist die Forderung der sofortigen Umsetzung eines Landesfinanzierungsgesetzes dringender denn je! Damit den von Gewalt betroffenen Frauen ein kostenloser Frauenhausaufenthalt ermöglicht wird.

Hamide Akbayir

Termine ...

Mo, 13.10., 17-19 Uhr
AK Umwelt
Di, 14.10., 20-22 Uhr
AK Jugend und Schule
Do, 16.10., 18-20 Uhr
AK Soziales

Mo, 20.11., 17.30-19.30 Uhr
AK Gesundheit und Inklusion
Di, 21.10., 18-20 Uhr
AK Stadtentwicklung
Do, 23.10., 18-20 Uhr
AK Kunst, Kultur, Medien

Alle Termine finden, soweit nicht anders angegeben, in den Räumen der Fraktion statt.



Wir drucken auf Recycling-Papier mit einem RISO-Printer mit umweltfreundlicher Farbe auf Soja-Öl-Basis. Die RISO-Printer entwickeln beim Druckprozess keine Wärme und stoßen kein Ozon aus. Sie verbrauchen bis zu 95% weniger Energie als leistungsgleiche, tonerbasierte Systeme. RISO-Printer werden nach der WEEE-Richtlinie produziert und tragen das Gütezeichen Energy Star, das besonders Energie sparende Bürosysteme auszeichnet.